

PRESSEMITTEILUNG

DDG legt vor Bundestagswahl konkrete Handlungsempfehlungen vor
Agenda Diabetologie 2030 – Versorgung sichern, Prävention stärken

Berlin, 20. Februar 2025 – Die Zahl der Menschen mit Diabetes steigt unaufhaltsam: Aktuell leben rund 9 Millionen Menschen in Deutschland mit der Erkrankung – bis 2040 werden es voraussichtlich 12 Millionen sein. Gleichzeitig fehlen immer mehr Fachkräfte, die eine qualitativ hochwertige Versorgung der Betroffenen sicherstellen können. Die Deutsche Diabetes Gesellschaft (DDG) warnt vor einem drohenden Versorgungsnotstand und fordert mit ihrer „Agenda Diabetologie 2030“ dringend politische Maßnahmen zur Stärkung der Diabetologie in Klinik und Praxis:

- 1. Diabetes behandeln: Die Versorgung von Menschen mit Diabetes sichern – heute und morgen!**
- 2. Diabetes erforschen: Translationale Forschung stärken und strukturierte Versorgungsforschung etablieren!**
- 3. Diabetes verhindern: Mehr Prävention wagen!**

Wie die Versorgung gesichert und die Diabetes-Epidemie gestoppt werden kann, diskutierten Expertinnen und Experten heute auf der Jahrespressekonferenz der DDG. Mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl appellierte die Fachgesellschaft an alle politischen Parteien, die Dringlichkeit des Themas zu erkennen und endlich zu handeln.

Einen Mitschnitt sowie weitere Informationen zur Pressekonferenz [finden Sie hier](#).

„Diabetes und seine Folgeerkrankungen gehören zu den größten gesundheitlichen Herausforderungen unserer Zeit – und wir haben nicht genug spezialisierte Fachkräfte, um dieser Entwicklung adäquat zu begegnen“, warnt DDG Vizepräsidentin Professor Dr. Julia Szendrödi aus Heidelberg. Besonders betroffen vom Fachkräftemangel und der Unterfinanzierung in der Diabetologie sind ältere Menschen, sozial Benachteiligte und Patientinnen und Patienten mit schweren diabetischen Folgeerkrankungen wie Herzinfarkt, Schlaganfall oder Nierenversagen.

Ein alarmierendes Beispiel: Während die Zahl diabetesbedingter Amputationen insgesamt leicht rückläufig ist, sind sozial benachteiligte Regionen weiterhin stark betroffen. Zudem bleibt das Risiko für tödliche Herz-Kreislauf-Erkrankungen bei Menschen mit Typ-1-Diabetes trotz medizinischer Fortschritte besonders hoch – insbesondere bei Frauen mit Diabetes. „Dies zeigt, dass die Versorgungsqualität davon abhängt, wo man wohnt und welchem Geschlecht man angehört. Es braucht dringend verbindliche Standards, um in Deutschland für mehr Gesundheitsgerechtigkeit zu sorgen und für alle Menschen die gleichen Voraussetzungen zu schaffen“, so Szendrödi.

Krankenhausreform bedroht diabetologische Versorgung

Doch die aktuellen gesundheitspolitischen Entwicklungen verschärfen die Problematik weiter. Die geplante Krankenhausreform (KHVVG) birgt die Gefahr, dass spezialisierte Diabeteszentren in Krankenhäusern wegfallen, weil sie sich nicht in die vorgesehenen Leistungsgruppen einfügen.

„Mindestens jeder fünfte stationäre Patient hat Diabetes – wenn diabetologische Expertise in den Kliniken abgebaut wird, sind die Folgen für Betroffene gravierend“, gibt DDG Präsident Professor Dr. med. Andreas Fritsche aus Tübingen zu bedenken.

Agenda Diabetologie 2030 – was muss die Politik tun?

Die DDG fordert daher konkret:

- **Erhalt und Ausbau der diabetologischen Fachabteilungen** an großen Krankenhäusern
- **mehr Diabetologie in der Inneren Medizin** – diabetologische Expertise muss auch in Allgemeinkrankenhäusern sichergestellt sein
- **Stärkung der diabetologischen Ausbildung** in Medizinstudium und Facharztausbildung

„Diabetes ist eine chronische Erkrankung, die Menschen ein Leben lang begleitet. Die Krankenhausreform darf nicht dazu führen, dass diese Patientengruppe weiter in die Unterversorgung rutscht“, betont Fritsche.

Prävention und Versorgung gemeinsam denken

Neben dem Erhalt der Fachstrukturen ist Prävention ein zentraler Baustein zur Eindämmung der Diabetes-Epidemie. Die DDG fordert daher von der Politik verhältnispräventive Maßnahmen wie:

- **Mehrwertsteuerbefreiung für gesunde Lebensmittel** und eine **Besteuerung zuckergesüßter Getränke** nach britischem Vorbild
- **Verbot von Werbung für ungesunde Lebensmittel**, die sich an Kinder richtet
- **verbindliche Nutri-Score-Kennzeichnung** auf allen Lebensmitteln

„Wir brauchen eine klare gesundheitspolitische Strategie, die Prävention und Versorgung zusammendenkt. Die neue Bundesregierung muss endlich eine Präventionswende einleiten und weitreichende Maßnahmen verabschieden, die alle Menschen in Deutschland erreichen. Wir haben trotz aller politischen Debatten um die Zuckersteuer und das Kinderlebensmittel-Werbegesetz viel Zeit verloren.“, so Barbara Bitzer, Geschäftsführerin der DDG und Sprecherin der Deutschen Allianz Nichtübertragbare Krankheiten (DANK). „Wir können es uns nicht mehr länger leisten, untätig abzuwarten, denn Präventionspolitik ist auch Wirtschaftsförderung.“

Auf der heutigen Jahrespressekonferenz stellte die DDG mehr Details zu den aktuellen Herausforderungen und politischen Forderungen vor. Dort richteten die Expertinnen und Experten unmittelbar vor der Bundestagswahl einen dringenden Appell an die Politik, die Diabetesversorgung endlich als Priorität anzuerkennen. Die DDG fordert alle Parteien auf, klare Lösungen für die Diabetologie zu präsentieren – um Millionen Betroffene besser zu versorgen und das Gesundheitssystem zukunftssicher aufzustellen.

Hintergrundinfos:

[Agenda Diabetologie 2025](#)

[DANK 6-Punkte-Plan zur Bundestagswahl](#)

Über die Deutsche Diabetes Gesellschaft (DDG):

Die Deutsche Diabetes Gesellschaft (DDG) ist mit mehr als 9 300 Mitgliedern eine der großen medizinisch-wissenschaftlichen Fachgesellschaften in Deutschland. Sie unterstützt Wissenschaft und

Forschung, engagiert sich seit 1964 in Fort- und Weiterbildung, zertifiziert Behandlungseinrichtungen und entwickelt Leitlinien. Ziel ist eine wirksamere Prävention und Behandlung der Volkskrankheit Diabetes, von der mehr als 9 Millionen Menschen in Deutschland betroffen sind. Zu diesem Zweck unternimmt sie auch umfangreiche gesundheitspolitische Aktivitäten.

Pressekontakt DDG:

Michaela Richter/Christina Seddig

Postfach 30 11 20, 70451 Stuttgart

Telefon: 0711 8931-516/-652, Fax: 0711 8931-167

richter@medizinkommunikation.org

seddig@medizinkommunikation.org